

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Svatého nám. 32. 1795

Sozialdemokrat, Prag II., Svatého nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 10. Mai 1923.

Nr. 107.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 2 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzzjährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich.

## Die Persekution beginnt!

Die kurze Anstandspause, welche die Nachhaber im Staate nach dem Inkrafttreten des Schutzgesetzes verstreichen ließen, scheint vorüber zu sein. Sie war gerade von so langer Dauer, um den Urhebern des Gesetzes Zeit zu der heuchlerischen Vereinerung zu geben, daß alles im Staate so sei, wie früher, daß sich nichts geändert habe und daß das wirtschaftliche und politische Leben ruhig weiter seinen Gang gehe, so daß alle Befürchtungen der Gegner des Gesetzes grundlos gewesen seien. Das Ministerium des Innern hat nun eine Maßnahme verfügt, die, wenn sie auch nicht unter Berufung auf das Schutzgesetz erfolgt, doch den Geist dieses Gesetzes trägt und ohne dieses Gesetz nicht hätte vorgenommen werden können. Durch das Schutzgesetz fühlt sich die Reaktion stark genug, zu dem längererwarteten Angriff auf die Arbeiterorganisationen übergehen zu können.

Gestern um 6 Uhr früh — schon die Stunde deutet das Wiederaufleben der Polizeifalten aus den Achtzigerjahren Altklosterreich an — erschienen Polizeibeamte in der Wohnung des Vorsitzenden des kommunistischen Schuhmacherverbandes, Franz Sid, wie auch in der Wohnung des Beamten des Verbandes Spic, wobei dem ersteren ein Erlaß des Ministeriums des Innern übergeben wurde, durch welchen die behördliche Auflösung des Verbandes verfügt wird. Gleichzeitig wurden beide aufgefordert, sich mit den Polizeibehörden in die Kanzlei des Verbandes wegen der Uebergabe des Verbandsvermögens zu begeben. Als Grund der Auflösung wird in dem Erlaß des Ministeriums eine Resolution angeführt, welche auf dem letzten Kongress des Schuhmacherverbandes — vor mehr als einem Jahre! — beschloß, in welcher Resolution das Ministerium die Ausübung einer „Tätigkeit politischer Art“ erblickt, durch welche der Verband die durch seine Statuten festgesetzten Grenzen überschritten habe. Der Erlaß ist vom 8. Mai 1923 datiert, der Verbandskongress, der angeblich die den Vereinsstatuten widersprechende Resolution beschloß, fand am 16. und 17. Februar 1921 statt! Die „ungefährliche“ Tat wurde also vor 15 Monaten begangen! Fünfzehn Monate wartete das Ministerium, ehe es sich entschloß, in der Resolution eine Ueberschreitung des Wirkungsbereiches des Verbandes zu erblicken, dann allerdings verhängte es über ihn gleich die allerhöchste Strafe: die Auflösung! Aber wer mag daran glauben, daß die Behörde wirklich fünfzehn Monate brauchte, um die Resolution in ihrer ganzen Gefährlichkeit zu erkennen? Das Ministerium hat gewiß schon am Tage nach dem Kongress von der Resolution Kenntnis gehabt und es wird schon so sein, daß eben erst jetzt die Reaktion sich stark genug fühlt, um diesen Streich gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Kommunisten zu führen, der zugleich ein Streich gegen die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft überhaupt ist. Das Ministerium des Herrn Mahpeir benötigte zum Studium der Resolution gewiß nicht fünfzehn Monate, sondern es holte jetzt, da das Schutzgesetz unter Dach und Fach gebracht ist und die Arbeiterschaft genugam geknebelt erscheint, die alte Resolution in Ermangelung eines besseren Grundes aus den Archiven hervor, um der Auflösungsverfügung einen Schein des Rechtes zu geben. Schon das allein würde genügen, um darzutun, warum es bei der Auflösung des kommunistischen Schuhmacherverbandes geht.

Aber der Charakter der ministeriellen Verfügung als der einer Persekution wird noch offensichtlicher, wenn man dem Inhalte der Resolution nachgeht, aus welcher das Ministerium jetzt die Berechtigung zur Auflösung des Verbandes schöpft. In dem Erlaß sagt das Ministerium, der Verband habe die gewerkschaftlichen Organisationen in der befohlenen Resolution aufgefordert, die Taktik der revolutionären Massen zu befolgen; die Vor-

## Frankreichs Justiz als Dirne des Militarismus.

Erregung der Arbeiterschaft in Essen. — Protest der deutschen Eisenbahner gegen die Beurteilung von zehn Funktionären.

Berlin, 9. Mai (Eigenbericht.) Die Strafen im Werdenener Prozeß erscheinen umso ungeheuerlicher, wenn man das Gesamtausmaß der Strafen ins Auge faßt. Es ergeben sich 145 Jahre, sechs Monate Gefängnis und 750,5 Millionen Geldstrafen. Nach dem Bekanntwerden des Urteils bemühte sich der Arbeiterschaft eine große Erregung. Man plante einen Streik, kam aber dann davon ab, da es den Franzosen nur gelegen sein könnte, wenn der Konflikt sich verschärft.

Der Verband der Eisenbahner hat heute einen Protest gegen die Beurteilung von zehn seiner Funktionäre erlassen. Der Protest enthält einen Appell an das Weltgewissen und wendet sich scharf gegen den französischen Militarismus.

## Der „Vorwärts“ über das Krupp-Urteil.

Der „Vorwärts“ steht in dem Urteil des Kriegsgerichtes über Krupp und seine Direktoren einen neuen Beweis der Taktik der Franzosen, die Arbeiter von den Interessen der übrigen Volksschichten zu trennen, sie milde zu behandeln und sich dadurch den Anschein größerer Arbeiterfreundlichkeit zu geben, und gibt den Franzosen darauf folgende Antwort: Was die sozialistischen Arbeiter des Ruhrrevieres sonst auch mit den Vertretern des Kapitals auszuwechseln haben mögen, in ihrer Ablehnung der französischen Gewaltpolitik und in dem Willen, ihr passiven Widerstand zu leisten, sind sie sich völlig einig. Der Spruch des Kriegsgerichtes wird deshalb in ihren Reihen nur Grimm und Empörung auslösen. Er wird sie nur in ihrem Willen bestärken, der französischen Gewalt das Recht entgegenzusetzen, das von den französischen Kriegsgerichten aufs neue so schmählich verleitet wurde.

Die „rote Fahne“ urteilt: Poincaré brauchte diese ungeheuerlich klingenden Strafen, um in Frankreich selbst seine Schuld an dem Essener Arbeitermord zu verdecken. Im Verlaufe des Prozesses hat sich nichts ergeben, was den Waffen-

gebrauch am Charjamsstage hätte rechtfertigen können.

## Die Verurteilten abtransportiert.

Düsseldorf, 9. Mai. (Havas.) Die gestern vom Kriegsgericht in Werden verurteilten Direktoren der Kruppwerke wurden in das Militärgefängnis in Düsseldorf überführt und werden dort bleiben, bis der Kriegsrat von Düsseldorf über die Richtigerbescheidung entschieden hat. Man ist der Ansicht, daß über die Berufung nicht vor Mitte der nächsten Woche entschieden werden wird.

## Der kommandierende General von Essen verlaubar.

Essen, 9. Mai. (Wolff.) Der kommandierende General hat eine Verordnung erlassen, nach der jede Zusammenrottung vor französischen Posten und französischen Quartieren verboten ist. Für jeden Verstoß werden die jeweiligen Bürgermeister verantwortlich gemacht.

auf das allerentschiedenste gegen die Gewalttat, welche an den sozialistischen Arbeitern in Ungarn, Spanien, Jugoslawien und Rußland verübt werden. Wir fordern, es mögen im Rahmen der internationalen Aktion alle Schritte unternommen werden, daß diese sozialistischen Arbeiter, welche in dem Kerker für ihre sozialistische Ueberzeugung leiden, befreit werden.

Nach der Auffassung des Herrn Ministers Mahpeir konnte natürlich auch diese Resolution und hunderte andere, welche von gewerkschaftlichen Organisationen seit Jahrzehnten beschlossen wurden, den Grund zur Auflösung abgeben, ja wenn etwa ein Verein der Kriegs-anleihebesitzer eine Petition an die Regierung wegen Einlösung der Kriegsanleihe richtet und die Regierung darin anknüpft, daß sie dieser Forderung bisher nicht entsprochen habe und dadurch den Kredit des Staates schädige, so müßte auch dies als eine „politische Tätigkeit“, also als eine Ueberschreitung des Wirkungsbereiches eines nichtpolitischen Vereines angesehen werden. Es ist aber nicht die politische Tätigkeit des Verbandes, sondern der Umstand, daß es sich um eine der kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen handelt, die den wahren Grund der Auflösung bildet. Heute sind es die kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen, die der Persekution verfallen sind, morgen werden es die sozialdemokratischen sein!

Die Verurteilung darauf, daß eine Ueberschreitung des Statuts vorliege, entbehrt jeder Berechtigung. Nur zu deutlich ist hinter dem Vorwand die Absicht, einen Schlag gegen die kommunistische Partei und ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu führen, zu erreichen. So oft noch im Laufe der Geschichte ein Polizeisystem die Oberhand gewann, griff es tollpatschig zu und merkte nicht, daß seine Methoden das allerunangenehmste Mittel abgeben, eine Bewegung zu beseitigen. Auch die Maßregel des Ministeriums des Innern entspringt dieser Kurzsichtigkeit.

herrschaft des Kapitalismus und das System der Lohnneidenschaft zu beseitigen, schließlich werde die tschechoslowakische Gewerkschaftsorganisation aufgefordert, die Methoden zu befolgen, welche die rote Gewerkschaftsinternationale verkündet. In diesem dem Inhalte nach angegebenen Wortlaut der Resolution will also das Ministerium eine Ueberschreitung der Vereinsstatuten des Schuhmacherverbandes erblicken! Würde diese Praxis allgemein plagieren, so wäre nachgerade jede gewerkschaftliche Betätigung unmöglich gemacht und es gibt kaum eine gewerkschaftliche Organisation, — auch nicht jene der tschechoslowakischen Sozialdemokraten und der tschechischen Nationalsozialisten — die auf Grund ähnlicher „Verbrechen“ nicht der Auflösung verfallen müßten. Ganz willfürlich greifen wir aus den Protokollen der tschechoslowakischen Gewerkschaften zwei Resolutionen heraus: Auf dem letzten Gewerkschaftskongress des tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbandes, der Ende September 1918 in Prag tagte, wurde eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„In der Erwägung, daß das kapitalistische Produktionsystem in der Zeit des Krieges und der Verhältnisse, die durch ihn hervorgerufen wurden, neue und unwiderlegbare Beweise seiner Unfähigkeit und Unhaltbarkeit gegeben hat, erklären wir, daß eine gründliche Neuordnung nur möglich ist durch die Einführung eines neuen Produktionsystems, der sozialistischen Ordnung, dessen Voraussetzung die Ueberführung der privatkapitalistischen Produktionsmittel in das Kollektiveigentum ist.“

Wohlgenannt: das konnte der tschechische Gewerkschaftskongress noch unter der Herrschaft des alten Oesterreich beschließen! Auf dem siebenten Kongress der tschechischen Gewerkschaftsorganisationen wurde eine Resolution beschlossen, deren Einleitungsatz lautet:

„Der siebente Gewerkschaftskongress, abgehalten im Jänner 1922 in Prag, protestiert

## Justiz und Politik.

Nach mehrtägigen Verhandlungen hat das französische Kriegsgericht in Werden sein Urteil über Krupp, die Direktoren des Essener Werkes und den Betriebsrat Müller gesprochen. Der Schuldspruch selbst und die verhängten Strafen sichern dem Prozeß ein dauerndes Gedächtnis in der Geschichte bewusster Rechtsverwundung, die menschliches und geschriebenes Gesetz einem ungerathen der Strafansehlichkeit selbst liegenden Ziele zuliebe verewaltigt haben.

Zurechthaltbare Erregung erfolgte am Ostermontag nicht nur die deutsche Welt, als die entsetzliche Tatsache bekannt wurde, daß tagsvorher eine französische Truppenabteilung auf die Arbeiterschaft des Essener Kruppwerkes eine Salve abgab und daß diese Tat des militärischen Wahnsinns rund ein Duzend Todesopfer gefordert habe. Die Behauptung der Arbeiterschaft, sie habe sich auf den Ruf der Verkündeten hin versammelt, um gegen die beabsichtigte Requirierung von Fabrikantens zu protestieren, trat die spät und in verlegend-gleichgültigen Ton abgegebene französische Erklärung gegenüber, die Soldaten hätten sich durch bedrohliche Reden und Handlungen der Arbeiterschaft in ihrem Leben gefährdet gefühlt und bloß in äußerster Nothwehr zu den Waffen gegriffen. Dem aus fünf französischen Offizieren zusammengesetzten Gerichtshof von Werden oblag die wenig beneidenswerte Aufgabe, durch seinen Schuldspruch zu bekräftigen, daß die Rechtsfertigkeit der französischen Militärs zuträffe, die Angeklauten mußten verurteilt werden, weil laßt der Hauptmann Durieux und mit ihm das ganze von ihm vertretene System moralisch als Mörder oder zumindest als leichtfertiger Mordverdächtig mit Menschenleben gerichtet gewesen wäre.

Schon diese Zwangslage, in der sich die Richter befanden, und die ihnen ein freies Urteilen unmöglich machte, entwürdigte die Behandlung zur Komödie und vollends tat dies die brüchige Rechtsgrundlage, auf der sich das Verfahren überhaupt und die Anklage in besonderer aufbaute. Ein Kriegsgericht sollte man sich an, über Krupp und andere deutsche Staatsbürger den Wahrheitspruch zu fällen, trotzdem zwischen Frankreich und Deutschland förmlicher Friede besteht, trotzdem das annehmbare Verbrechen auf deutschem Boden begangen wurde und das Militär laut feierlicher Verkündung nur zum Schutz der französischen und belgischen Zivilbevölkerung an der Ruhr weilt. Nichts hat die fünf Offiziere innerlich beunruhigt, Recht zu sprechen, sie mühten sich, wofür ein Punkt Rechtsgefühl in ihnen alimnt, einfach als Mittel sehen, die einen von Paris ausgearbeiteten Strafbescheid vollzuführen, und als Mittel nahmen sie denn auch die unhaltbare Anklage hin und verhängten sie die barbarischen Strafen.

Somit hätten sie sich der Qualifizierung der inkriminierten Handlungen als „Komplotz“ widersetzen müssen. Denn der Beschluß des Essener Direktoriums und Betriebsrates, im Falle einer Befehung des Werkes die Sirenen ertönen zu lassen, mag vielleicht nicht äußerlich gewesen sein, jedenfalls aber hat er mit einem „Komplotz“ nichts zu schaffen, weil es der Rettung und der Arbeiterschaft eines privaten Unternehmens gewiß freistehet, den Betrieb nach Gutdünken und eigenem Gefallen stillzulegen. Die Kriegsgerichte, die seinerzeit die Fabriken militarisieren durften und den Streik in einem solchen Werke zum „Verbrechen“ stempelten, existieren an der Ruhr nicht mehr, die Franzosen haben sie nicht erneuert und können dies gar nicht tun, weil es über ihre „Führer“theorie hinweg hinansieht, und so suchen sie denn dieses Gesetz, dessen sie zur Ausübung des Ruhrlandes dringendst bedürfen, über den Umweg eines Kriegsgerichtsbescheides einzuschmuggeln.

Somit über jeder Streikverhandlung das Dammolleckwerter einer Anklage wegen Komplotz, dann ist es, tollfrieren sie, mit dem passiven Widerstand vorbei und ihr Weizen ist reif zur Ernte. Die gefährlichste Waffe Deutschlands im Abwehrkram gegen das Ruhrabenteurer Poincarés soll durch den Terror des Werdenener Militärurteils stumpf gemacht werden; damit bleicher Schred alle Schaffenden an der Ruhr erfasse, muß je ein Krupp und seine Direktoren wegen „Komplotz“ auf fünfzehn und zwanzig Jahre ins Gefängnis, und um den passiven Widerstand ja sicher zu erwürgen, bestraft man die Vertreter des Kapitals unmäßig hart den Arbeiter Müller unverhältnismäßig milde. Es ist eine beleidigende „Arbeitervriendlichkeit“, die aus diesem Gesetze spricht, man wirft dem Proletariat den Mörder milderer Behandlung hin und hofft ihn dadurch für seine dunklen Zwecke einzufangen. Als ob die Arbeiter an der Ruhr, die Pföding-

der und Träger des passiven Widerstandes, im Dienste des Kapitals und nicht im Kampf gegen die eigene Versklavung sich der Raubpolitik Poincarés mit so verzweifelter Entschlossenheit widersetzen!

Nicht die demonstrativ kahlofen Straßen, sondern die kalte Berechnung, mit welcher hier die Justiz in den Dinst politischer Ziele gestellt wird, lassen eigentlich über das Verdener Urteil die größte Empörung auslösen. Weil es sich im tiefsten Wesen so verhält und weil das Schandmal so zweckbewußter Rechtspflege allen Völkern und Staaten anhaftet, räden die Vorkämpfer der gegenwärtigen Weltordnung, die bürgerlichen Blätter, das menschliche Moment in den Vordergrund, beklagen die ungeliebten Opfer, stellen ihren Gedanken vor Gericht ins hellste Licht und entrichten sich über "Barbarei" und "Denkersteine". Die Charakteristik stimmt, aber im Munde der bürgerlichen Rechtschreiber wandelt sie sich, je weiter rechts diese stehen, desto mehr zum ekelhaftesten Relativismus. Denn dieselben Verkün-

der der Menschlichkeit und Gerechtigkeits" Rateten begeistert Beifall, als Bastilli hingerichtet und Abramowich und Koschin zum Tode verurteilt wurden, sie sehen gleichmütig zu, wenn die bayrische Regierung Fechenbach langsam zu Tode quält und die Gejangenen von Nieder-Ehrenfeld mit mittelalterlichen Torturen heimlich, sie machen den Mördern der Novemberrevolutionäre, Erbbergers und Kathanens die Mauer und Schweigen über die Hunderte von Massen- und politischen Urteilen, die Tag für Tag die deutsche Rechtsprechung schänden. Genau genommen täten die französischen Richter in Verdun nichts, was nicht auch die deutschen Richter zehnmal in der Stunde tun, sie gebrauchen brutal die Macht, die in ihren Händen ruht, und umgeben mit dem Strahlenschein der Gerechtigkeit, was sie, wenn die Deutschen es zwischen 1914 und 1918 täten, als „Südtiätes Sunnentum“ brandmarkten. Um einen Satz Schönerrers zu parieren, nicht in dem einen oder in dem anderen himelstreichenden Falle, sondern im System „liegt die Schweinerei.“

**Inland.**

**Wie die Wählerlisten „gereinigt“ werden.**  
Unsere Genossen in Sandau (Bezirk Marienbad), wo am 10. Juni die Gemeindevahlen stattfanden sollen, haben durch Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis festgestellt, daß dort 19 Personen, sämtliche unserer Partei angehörend, gestrichen sind. Ihr aus diesen und aus anderen Gründen eingebrachter Rekurs wurde zurückgewiesen, da er um zwei Stunden zu spät einlangte! Unsere Genossen richteten deshalb einen Protest gegen die Wählerliste an die politische Bezirksverwaltung in Marienbad, aus dem folgendes hervorgeht: Eine größere Anzahl von Wählern, zum großen Teil Mitglieder unserer Partei, sind in der Wählerliste nicht eingetragen; ferner wurden unangehörte Streidungen vorgenommen. Genosse Kummer, der nicht nur seinen ständigen Wohnsitz in Sandau hat, sondern bis heute auch noch Mitglied des Ortsrates und der Bezirksverwaltung ist, wurde gestrichen; von den übrigen 19 Parteimitgliedern, welche als gestrichen konstatiert wurden, ist noch besonders hervorzuheben Genosse Hoffmann, welcher Mitglied der Gemeindevertretung war. Ferner ist zu beanstanden, daß im Juni 1922 bei Aufstellung der Wählerliste unsere Partei in der Ortskommision nicht vertreten war. In dem Protest unserer Sandauer Lokalorganisation wird daher die Wählerliste mit Recht als ungültig erklärt und die Ernennung zweier Ortsvertretungsmitglieder, welche bereits durch die Gemeinde nominiert wurden, die Neuzusammensetzung der Wählerliste und die hiezu notwendige Ausschreibung der Wahl gefordert. — Öffentlich werden diese berechtigten Forderungen erfüllt und so die un-demokratischen und gesetzwidrigen Praktiken gulegnet, mit denen diese Wählerliste behandelt und die Gemeindevahlen „vorbereitet“ wurden.

Kulissen geführten Kampagne gegen den Außenminister Benesch erschlägt. Während die Nationaldemokraten wegen der Zavorina gegen Benesch Sturm laufen, erklären die Klerikalen, die angeblich antirömische Außenpolitik Dr. Benesch nicht weiter ertragen zu können. Mit dem klerikalen Feldzug gegen Dr. Benesch hängt offenbar auch die Abberufung des päpstlichen Nuntius Meara, die wir vor einigen Tagen bereits ankündigten, und die nun tatsächlich erfolgt ist, zusammen.

Das Gesetz zum Schutze der Währung wurde in der gestrigen Sitzung des Subkomitees des verfassungsrechtlichen Ausschusses des Senates beraten. Im großen und ganzen wurde die Regierungsvorlage genehmigt, jedoch wurden einige sachliche und stilistische Änderungen beschlossen. So wurde über Antrag des Senators Genossen Dr. Heller eine Abänderung in der Richtung beschlossen, daß die Angestellten von Unternehmungen, welche sich mit valutageschäften befassen, gegen Verfolgungen geschützt werden. Gleichfalls wurde über Anregung des Genossen Dr. Heller eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, derzufolge die Verhängung von Geldstrafen mit Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse der zu Bestrafenden geregelt wird. — Nunmehr wird dieses Gesetz in das Plenum des Senates gelangen und seine Beratung im Abgeordnetenhaus dürfte in einer der Zusitzungen erfolgen.

Der gestrige Tag im Senate. Nach einigen zweifeln Lehungen verhandelte der Senat in seiner gestrigen Sitzung den Vertrag mit Deutschland über die Auslieferung von Verbrechen und die gegenseitige Rechtshilfe. Der Berichterstatter Senator Dr. Witt erklärte, daß dieser Vertrag durch das ununterbrochene Hin- und Herlaufen gerichtlich verfolgter Personen über die tschechisch-deutsche Grenze, das in der letzten Zeit, wie statistisch erwiesen ist, stark zugenommen hat, notwendig geworden ist. Der Berichterstatter betont, daß die Verpflichtung zur gegenseitigen Auslieferung nicht besteht. Der Ratifikationsbeschluss wurde debattelos in erster Lesung gefaßt. Nachdem der Senat die Auslieferung des Senators Jimal abgelehnt hatte, wurde ebenfalls ohne Debatte das Gesetz über die Kompetenz des Ministeriums für öffentliche Arbeiten bei der Verwaltung des staatlichen Bergwerksbetriebes in der Slowakei und Karpathoruhland nach dem Referat angenommen. Die nächste Sitzung findet am 29. Mai um elf Uhr vormittags statt mit einer Tagesordnung, die das Präsidium des Senates im Sinne des Paragraphen 40 der Geschäftsordnung festlegen wird. — In der Sitzung des Subkomitees des verfassungsrechtlichen Ausschusses des Senates wurde das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister behandelt. An ein längerer Referat des Senators Dr. Franta schloß sich die Generaldebatte, an der sich die Senatoren Genosse Dr. Heller, Dr. Spiegel (Deutschdemokrat), Dr. Krupla (Tschechischklerikal) und Dr. Witt (tschechischer Sozialdemokrat), sowie Regierungsvorretter beteiligten. Einstimmig wurde beschlossen, die Regierungsvorlage als Grundlage der Debatte zu betrachten.

**Die Arbeiterfeindschaft der bürgerlichen Koalitionsparteien.** Die Sozialversicherungsvorlage wurde vom Minister für soziale Fürsorge Sabrman gestern früh allen Mitgliedern der Regierung zugestellt. Die Regierung hat nun, so schreibt das „Pravo Lidu“, die Pflicht, die Beratungen über diesen Antrag des Ministers für soziale Fürsorge rashest durchzuführen und die Sozialversicherung möglichst bald dem Parlament vorzulegen, um die Umweisung an den sozialpolitischen Ausschuss zu ermöglichen. Das „Ceste Slovo“ verweist in seiner gestrigen Nummer darauf, daß der Ministerrat die Vorlage bisher nicht verhandelt hat und daß eine Reihe von Sachcorporationen ihr Gutachten abgeben sollen, so daß nicht die Hoffnung vorhanden ist, die Vorlage werde ins Abgeordnetenhaus bis Ende dieses Monats gelangen. Das Blatt sagt dann, daß die Sozialversicherung in der Zusitzung dem sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen wird, welcher im Laufe des Herbstes an ihr arbeiten würde. Bisher hieß es immer, daß der sozialpolitische Ausschuss permanent über den Sommer togen wird, um die Sozialversicherung zu beraten. Aus dem Befehl des „Pravo Lidu“, daß die Regierung die Pflicht hat, die Beratungen raschest durchzuführen, und aus der Bemerkung des „Ceste Slovo“, das die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses in den Herbst verschiebt, ersieht man, wie groß der Widerstand der tschechischen Nationaldemokraten gegenüber der Sozialversicherung ist. Der gleichzeitige Widerstand der Tschechisch-Klerikalen gegen das Gesetz über die bezahlten Arbeiterurlaube legt die Vermutung nahe, daß es sich hier um einen abgekarteten Plan der arbeitfeindlichen Elemente in der Koalition handelt. Daß die Nationaldemokraten und die Klerikalen auch sonst gemeinsam vorgehen, ist ja auch aus der mit aller Schärfe hinter den

Die Mehrheit — in der Minderheit. Im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses wurde die Beratung über das Gendamerriegesetz zu Ende geführt und diese Regierungsvorlage angenommen. Sodann wurden einige Petitionen erledigt. Der Antrag des Abg. Genossen Dr. Haas, zwecks Vereinhaltigung der Praxis in der Arledigung der Petitionen eine Directiv des Präsidiums einzuholen, wurde angenommen. Zur Zuschrift der Ministerien für Nationalverteidigung und Gesundheitswesen, in der gegen die vom Abgeordnetenhause beschlossene

**England kündigt den Handelsvertrag mit Rußland.**

London, 9. Mai. (N.A.) Die englische Regierung hat der Sowjetregierung eine wichtige Erklärung übermittelt, in welcher sie sich als sofort aller Verpflichtungen des englisch-russischen Handelsvertrages ledig erklärt, falls nicht innerhalb zehn Tagen die festgesetzten Bedingungen erfüllt werden. In dieser gestern vom Vertreter der englischen Regierung der Sowjetregierung in Moskau übermittelten Erklärung heißt es, daß der Ton und Charakter der von dem Sowjetkommisariat für auswärtige Angelegenheiten gesandten russischen Note die britische Regierung veranlaßt hat, sorgfältig in Erwägung zu ziehen, ob es erwünscht und schließlich auch möglich sei, in dem abnormalen Verhältnis zur russischen Regierung zu verharren, und ob die englische Regierung bei Wahrung ihrer Selbstachtung die wiederholten Herausforderungen der Sowjetregierung unberücksichtigt lassen könne. Die Erklärung erinnert daran, daß die englische Regierung den Handelsvertrag vor zwei Jahren unterfertigt habe, indem sie die Förderung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten in Rücksicht zog, wobei die Lösung der politischen Probleme bis zu dem Zeitpunkte verschoben werden sollte, in welchem die Sowjetregierung einige unbedingt notwendigen Bedingungen erfüllte. Die englische Regierung zeigte sich bereit, ein freundschaftliches Einverständnis mit der russischen Regierung und der russischen Bevölkerung zu erzielen, und trug auch materiell zur Stabilität und zum Gedeihen des russischen Staates bei. Die beiden Vertragsparteien sollten sich gegenseitig feindseliger Aktionen oder der Propaganda enthalten. Die englische Regierung hat diese Bedingungen loyal und ängstlich erfüllt, die Sowjetregierung sie hingegen in roher Weise verlehrt. Die englische Erklärung zitiert nicht bloß Beispiele der russischen Agitation in Asien vom Jahre 1921, sondern auch neuere Fälle und stellt fest, daß die Hauptherde der russischen antientalischen Propaganda stets die Afghanism und die indische Grenze umfassende Gebiete waren. Auch in dem benachbarten Gebiete Irak, Kermanschah und Afghanistan hat die russische Regierung große Geldbeträge für die antientalische Propaganda verausgabt. In Indien selbst ist ein dorthin auf Umwegen aus Moskau entsandter kommunistischer Agitator verhaftet worden. Auch wurde nach Indien über London für die Revolutionäre an Benschab Geld gesandt.

Viele dergartige Fälle ließen sich aus Aegypten, der Türkei und aus den englischen Dominions anföhren. Die englische Erklärung gedenkt daneben verschiedener gröblicher Verletzungen britischer Unterthanen, die sich in den letzten Jahren ereignet hätten. Die englische Regierung hält sich nicht für berufen, über die gegen geistliche Personen in Rußland verhängten Strafen eine Entscheidung zu treffen. Sie verweist aber auf die verletzenden Noten, welche dem englischen Vertreter in Moskau als Antwort auf das Ansuchen Englands, die Hinrichtungen nicht zu vollstrecken, übermittelt wurden. In der Erklärung wird vor allem die Einstellung der Sowjetpropaganda und jedweder feindseliger Aktion gegen England gefordert. Zweitens sollte sich die Sowjetregierung bereit erklären, in Angelegenheit britischer Unterthanen und britischer Schiffe Entschädigungen zu zahlen. Drittens sollte sie ohne Winkelzüge die zwei von Weinstein unterfertigten Mitteilungen, welche die Ausführungen Englands über die religiösen Verfolgungen betreffen, widerrufen.

**Englische Blätterstimmen.**

London, 9. Mai. (N.A.) Da die britische Note an die Sowjets den Blättern erst spät nachts übergeben worden ist, besaßen sich mit dieser heute nur die „Times“ und die „Morning Post“. Die „Times“ sprechen ihre Freude darüber aus, daß die Regierung endlich ihre Pflicht begriffen habe, die sie vielleicht schon zu lange verschob. Die Note, so bemerkt das Blatt, verhindert jedwede Ausrede der Bolschewiten. Die Handelsvereinbarungen waren für sie eine große Konzession, denn sie erhöhte ihren politischen Kredit und gewährte ihnen Handelsvorteile, von welchen sie einige ganz auf Rechnung britischer Gläubiger erwarteten. Die Vereinbarung war aber in ihrem Grundzuge eine bedingte, die Bolschewiken haben dagegen, wie die Note beweist und was die ganze Welt weiß, die Bedingungen absichtlich und systematisch verlehrt, welche die Grundlage der Vereinbarung bilden und auf alle Beschwerden und Proteste antworteten sie mit offenkundigen Lügen oder Beleidigungen. Jetzt bleibt ihnen nur eine Wahl übrig: Entweder müssen sie die Vertragsbedingungen einhalten oder müssen sie sich darauf gefaßt machen, daß der Vertrag ohne Verzug außer Kraft gesetzt wird. Es bleibt ihnen kein anderer Weg übrig und diese Konstatierung ist auch das hauptsächlichste und große Verdienst der britischen Note.

**Die Kinder der Moskauer Straßen.**

Von Georg Popoff.

Mehr als 15.000 elternlose, verlassene Kinder irren, dürrig gekleidet, ohne Obdach, ohne Nahrung, bettelnd, vagabundierend durch die Straßen der bolschewistischen Residenz. Täglich sterben vor Hunger oder vor Kälte Tausende von ihnen. Täglich kommen zehn bis zwanzig dieser hilflosen Geschöpfe unter die Räder der Straßenbahnen und Autos. Kleine, blutende, verblümte Körperchen liegen im Schnee, im Schmutz der grauam-gleichgültigen Straße. Und täglich strömen von allen Enden des Reiches hunderte neue kleine Menschenwesen herbei, die der unerfäßliche Bauch der „revolutionären“ Hauptstadt gierig verschlingt. Der gigantische Unsturz ließ diese schwachen Existenzen von den Wurzeln des Landes los und schleuderte sie, wie willenlose Dohlpfäde, achlos in den verberblichen Strudel der großen Stadt. Man hat nie zuvor in Moskau oder irgendwo anders eine so große Anzahl von vagabundierenden Kindern gesehen. Eine Folge von Krieg, Revolution und Bolschewismus. Doch besonders erschreckende Dimensionen hat diese Erscheinung nach Einführung der „neuen Wirtschaftspolitik“ angenommen, als die Liquidation der staatlichen Versorgungswirtschaft Millionen von Menschen einfach ihrem eigenen Schicksal überließ.

Fenster irgend eines „besseren“ Waggons und jammern mit der unglaublichen Ausdruck um Brot. „Tjadena — das Aple!“ — „Väterchen, gib Brot.“ Sie wiederholen es hundertmal, stundenlang, mit monotonen, enerzierenden, hoffnungslosen Stimmen. Ein verzweifelltes Flehen, welches für immer im Gedächtnis haften bleibt. . .

In die Eisenbahnzüge, in Privathäuser, in Theater, in Staffes — überall dringen sie wie ein Schwarzwanderer Ratten ein, betteln und stehlen. Manche treiben irgend einen Handel. Doch „Minderjährigen unter 14 Jahren ist das Handeln auf den Straßen verboten“ lautet ein Befehl der Sowjet-Regierung, die in der Theorie eine sehr verständnisvolle „Kinderpolitik“ predigt. In Wirklichkeit wird das humane Prinzip sehr entstellt: man sieht oft, wie ein Milizsoldat irgend einen acht- oder neunjährigen Bengel „verhaftet“, weil er, als unbefugter Nepman, Zigaretten oder Zuckerschmauz selbst. Der Kleine sträubt sich mit Händen und Füßen und heult jämmerlich. Es kommt dann stets zu den widerwärtigsten Szenen. Das Kind wird mitten auf der Straße blutig geprügelt und gewaltsam ins Gefängnis geführt. „In die Tschaka“ sagen die Passanten, und jämmererfüllten Herzen sieht man dem kleinen „Verbrecher“ nach, den eine blinde, rohe Gewalt zu unwürdigen Qualen verurteilt.

Nicht selten gewahrt man auch, wie Kinder von 10 bis 12 Jahren von häunthafnen Milizsoldaten mit blankem Säbel und schußbereiter Waffe wie Schwerverbrecher eskortiert werden. Mitten durch das Menschengewühl. Auf dem Kusnechki Most hastet der Sowjet-Alltag mit seinen zweifelhaften Geschäften und seiner mehr als exzentrischen Politik vorbei.

Es gibt verschiedene Kategorien unter diesen vagabundierenden Kindern der Moskauer Straßen. In der Mehrzahl sind es die wirklich Obdachlosen, Verstoßenen, Dungenen. Sie haben zum ersten Mal im Leben ihr heimatliches Dorf das ihnen bisher die Welt war, verlassen. Die Großstadt mit dem wilden Trabel, dem außerirdischen Glanz, der lodernen Kellone, den hell erleuchteten Kinoo und anderen Vergnügungstätten macht sie völlig verwirrt. Sie irren ziellos umher. Die Möglichkeit, irgend eine Arbeit oder menschenwürdige Unterkunft zu finden, besteht nicht. Auch der Weg zu den Flüchtlingslagern ist ihnen noch nicht bekannt. So lampiernen sie die ersten Wochen bettelnd auf den Straßen und sterben massenweise vor Hunger, vor Kälte oder als Opfer des Großstadtverkehrs.

Die zweite Kategorie sind die Handelstreibenden. Zehnjährige Burschen und Mädel stehen an jeder Ecke und handeln mit Zigaretten, Streichhölzern, Blumen und anderen Dingen. Kinder, die sich völlig an dieses Leben gewöhnt haben. Sie sind in der Großstadt heimisch. Energiische, kleine Existenzen, die den Kampf mit dem Schicksal mutig aufnehmen. Und den Kampf mit der Staatsgewalt, den Milizsoldaten, die auf ständiger Jagd nach diesem flinken Wild sind.

Zur dritten Kategorie würde ich die Kinder jener Verbrechertwäler zählen, die den Bettel, im Verein mit organisiertem Straßenraub, als eine Profession betreibt, für die im heutigen Rußland ein überaus günstiger Boden zu sein scheint. Kleine Geschöpfe, oft unter sieben Jahren, werden von berechnenden Eltern, als „hungernde Fluchtlinge“ geschickt maskiert, an den Straßenecken postiert.

Und dann nicht zu vergessen die im Dienste der Tschaka stehenden Kinder. Diese Institution, deren Raffinement und Perfidie keine Grenzen kennt, hat es nicht veräumt und scheut sich nicht, aus der Notlage, dem Unglück und der Unwissenheit ungeschulter Kinderfesseln Nutzen für sich zu ziehen. Die Tschaka sucht sich die intelligentesten unter den Straßenkindern aus und beauftragt sie, gewisse, ihr verdächtig erscheinende Personen besonders beharrlich zu verfolgen und, ständig bettelnd, ihre Gespräche zu belauschen oder ihr auch zufällig erfasste Worte aus dem Munde ganz fremder Menschen zu hinterbringen. (Nach dem bewährten Prinzip der Tschaka ist nichts belanglos.) So zieht das in Sowjetrußland florierende abscheuliche System der allseitigen Beschpülung auch die harmlosesten Geschöpfe in ihre Netze.

Hierbei muß natürlich die allgemeine Demoralisation der Jugend in Rußland mit berücksichtigt werden. Man hört oft Mütter klagen, daß sie ihr Haus nicht verlassen können, weil die eigenen Kinder sonst alles stehlen, was nicht niert und nagelst ist. Die moralische und sittliche Verkommenheit der Schuljugend übersteigt alle Grenzen. Ein großer Teil der Schulkinder ist mit den schlimmsten Krankheiten behaftet. Dreizehn- und vierzehnjährige Mütter sind eine gewöhnliche Erscheinung.

Die Kinder der Moskauer Straßen sind von allen Enden des russischen Reiches, namentlich aus den Hungerdörfern, herbeigekramt. Das Ziel aller ist Moskau. Wie die kleinen Romanhelden Jax Londons haben sie die abenteuerlichsten Fahrten bestanden. Tausende von Kilometern legten die meisten auf den Dächern der Eisenbahnwaggons zurück, andere hingen wieder tagelang ohne Essen, ohne Schlaf an der Kuppelung

In den Haltestellen der Straßenbahnen kommen zahlreiche verlaunte, kranke, schmutzige Kinder in den Waggon, drängen sich an die Passagiere heran und betteln. Auf den Eisenbahnstrecken sehen sie, da die Züge überall in Rußland stundenlang halten, oft zwei, ja mitunter sogar sechs Stunden in Regen und Kälte vor den

Resolution, die Militärspitäler in die Zivilverwaltung zu überführen, Stellung genommen wird, beantragte Genosse Abg. Taub, diese Aufschrift zu vervielfältigen, den Ausschußmitgliedern zur Verfügung zu stellen und bis dahin die Aufschrift nicht zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der oppositionellen Abgeordneten gegen die Stimmen der sehr spärlich erschienenen Mitglieder der Majoritätsparteien angenommen. — Hierauf wurde die Regierungsvorlage und der Initiativvortrag der Abg. Gen. Dr. Haas, Bohi und Proziil betreffend die Reform des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsichte in Beratung gezogen. Der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten erklärte, daß das Ministerium bisher keine Stellung zu diesen Initiativvorträgen nehmen konnte, weil die Ausführungen der Interessentengruppen bisher nicht eingelaufen sind. Obwohl sich Abg. Genosse Bohi zu dieser Erklärung zum Worte gemeldet hatte, schloß der Vorsitzende Abg. Cuzik unter der

Verletzung der Geschäftsordnung die Sitzung, offenbar deshalb, weil die sozialistische Partei die Majorität im Ausschusse hatten. Gegen dieses geschäftsordnungswidrige Vorgehen protestierten die Vertreter sämtlicher sozialistischer Parteien.

**Acmeefragen.** In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses berichtigte Abg. Dyl, daß der Verfassungsausschuh den Paragraph 35 des Militärdienstdisziplinargesetzes geändert hat. Dieser Aenderung wurde zugestimmt. Es wurde ferner beschlossen, Freitag eine Sitzung abzuhalten, in welcher der Minister für Nationalverteidigung über das Ergebnis der Untersuchungen in Mährisch-Weiskirchen Bericht erstatten soll. Zum Schluffe der Sitzung fragte Abg. Genosse Foll, wann dem Ausschuh Gelegenheit gegeben werden wird, über das höchst unklare Elaborat des Ministeriums für nationale Verteidigung über das Milizsystem ein Urteil abgeben zu können.

**Vertrauen zu Poincaré.**

Paris, 8. Mai (Havas). Das Parlament hat heute seine Arbeiten wieder aufgenommen. In der Kammer erklärte Poincaré bei der Festsetzung der Tagesordnung, daß die Regierung bei der Verhandlung der Kredite für das Ruhrgebiet Gelegenheit haben wird, einige Fragen der auswärtigen Politik darzulegen, für heute aber der an Deutschland gesandten französisch-belgischen Note nichts hinzuzufügen habe. Die Abgeordnetenkammer beriet sodann über die Festsetzung der Daten für die Interpellationen bezüglich der Außenpolitik der Regierung. Poincaré ersuchte, daß für die Interpellation über das Ruhrgebiet und die Reparationen der 22. Mai festgesetzt werde. Da einige Abgeordnete darauf bestanden, daß die Debatte schon am 14. Mai eröffnet werde, stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. Die Kammer beschloß mit 498 gegen 75 Stimmen, das Datum für diese Interpellation später festzusetzen.

**Bundervelde über das Reparationsproblem.**

Brüssel, 9. Mai (Havas). Der weitere Ausschuh der Arbeiterpartei trat heute zusammen, um die Delegierten für den Boncourter Kongreß zu bestimmen, wo das Staat der neu zu gründenden Internationale verhandelt werden wird. Bundervelde wurde zum Sekretär des weiteren Ausschusses bestellt, um auf dem Kongreß über das Landesregime, über die Sicherheit der Staaten und das Reparationsproblem Bericht zu erstatten. Bundervelde trug kurz diese Berichte im weiteren Ausschusse vor, wobei er die schon oft innerhalb der belgischen Arbeiterpartei erhobenen Einwände aufzählte. Was das Problem der Sicherheit der Staaten anbelangt, erinnerte Bundervelde an die kürzlich von den deutschen Sozialisten selbst gestellten Anträge. Er erwähnte die Garantien, die nach seiner Ansicht unerlässlich sind, wie z. B. die Stärkung des republikanischen Regimes an den Staaten Mitteleuropas. Bezüglich des Reparationsproblems erklärte Bundervelde, daß die deutschen Anträge unannehmbar sind. „Die deutsche Note“, sagte er, „ist unbestimmt, wo sie von Sicherheitsgarantien spricht. Der von den Deutschen vorgeschlagene Betrag ist zu niedrig. Nichtsdestoweniger ist die Kluft zwischen den deutschen Anträgen und den Forderungen der alliierten Regierungen nicht unüberbrückbar.“

**Millionenlosten des Berliner Friedens.**

Berlin, 8. Mai (Wolff). Im Reichstag wurde der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages angenommen. Hierbei wies der Berichtserstatter Abg. Reichert darauf hin, daß schon ohne die fortschreitende Erneuerung die Ausgaben des Haushaltes zwei Billionen überschreiten, so daß die durch die gegenwärtige Einstellung der Sachleistungen erzielte Ersparnis demgegenüber kaum ins Gewicht fällt.

**Englands und Italiens Antwort auf das deutsche Angebot.**

Berlin, 9. Mai. (Eigenbericht.) Die italienische und englische Note werden nicht gleichzeitig überreicht werden. Es verlaute, daß die italienische Note ablehnend aber in einer Form abgefaßt sein wird, die weitere Verhandlungen ermöglicht.

**Das Notgesetz gegen Wucher und Schlemmerei.**

Berlin, 9. Mai. (Wolff.) Der Reichstag nahm endgültig die Verlängerung des Notgesetzes gegen Wucher und Schlemmerei bis zum 31. Oktober d. J. an und setzte dann die zweite Beratung des

Haushaltes des Reichsfinanzministeriums fort. Die Redner der bürgerlichen Parteien billigten den Kampf der Regierung gegen die Devisenspekulation und die Fortführung der Stützungsaktion der Reichsbank.

**Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie beigelegt.**

Berlin, 9. Mai 1923. Trotz der Ablehnung des in der Berliner Metallindustrie gefällten Schiedsspruches durch die Funktionäre der Metallarbeiter hat sich die Abstimmung der Arbeiter für die Annahme des Schiedsspruches ausgesprochen, womit der Konflikt mit der Berliner Metallindustrie beigelegt erscheint.

**Aus dem Herentafel der bayerischen Reaktion.**

München rückt von Hitler ab.

München, 9. Mai. Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. von Kahr ist als Ehrenpräsident der Vaterländischen reaktionären Organisation „Bayern und Reich“ wieder an die Öffentlichkeit getreten. Zusammen mit dem bekannten Sanitätsrat Dr. Pittinger hat er vor den Mitglieder der Organisation Bayern und Reich eine Rede gehalten, in der er sich gegen den Reichsradikalismus Ludendorffs, Hitlers und Dr. Kauts wendete. Bayern habe eine große Mission für den kommenden deutschen Nationalstaat zu erfüllen, darum dürfe es zwischen den Vaterländischen Verbänden und der Regierung keinen Streit geben. Er wolle zur Sammlung aufrufen. Gewalttaten seien heute verhängnisvoll. Der internationale Kapitalismus und Bolschewismus müßte von einer einheitlichen vaterländischen Organisation niedergedrungen werden.

Die mit Hitler in den Vaterländischen Kampfverbänden zusammenarbeitende Leitung des Vaterländischen Verbandes München i zurücktreten. Der frühere Chef der bayerischen Einwohnernetze Kehr hat sich entschieden in der Bewegung eine führende Rolle übernehmen.

**Die Kampfverbände unterm Schutz der Regierung.**

Berlin, 9. Mai. (Eigenbericht.) Die bayerische Regierung hat gegen den Bürgermeister von Nürnberg Dr. Luppe über Betreiben der bayerischen Volkspartei eine Untersuchung einleiten lassen, weil er am 1. Mai die Reichsregierung um militärische Hilfe gegen einen eventuellen Putsch der Kampfverbände in München ersucht hatte. Hätte Luppe mit den Nationalsozialisten sympathisiert, wäre er sicher von der Regierung belobt worden.

**Die Heße der Kommunisten wegen der Vorfälle im preussischen Landtag.**

Berlin, 9. Mai. (Eigenbericht.) Die kommunistische Presse eracht sich in wüsten Schmähungen über die sozialdemokratische Landtagsfraktion und ludt die Arbeiter gegen den Beschluß des Reichstages zu mobilisieren. Die sozialdemokratische Fraktion billigte heute das Verbot des Reichstages und erklärte, es gebe nicht an, daß zwei Duzend Abgeordnete ein ganzes Parlament am Arbeiten hindern. Gegen ähnliche Störungen müsse auch weiter mit allen Mitteln der Geschäftsordnung vorgegangen werden.

**Der Pakzwang im besetzten Gebiete.**

Eine Protestnote der deutschen Regierung.

Berlin, 9. Mai. (Wolff.) Gegen die neue Verordnung der Rheinlandskommission über den Pakzwang im besetzten Gebiet hat die Reichsregierung bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel in einer Note Protest eingelegt, in der es u. a. heißt: Durch die Verordnung wird der Verkehr deutscher Staatsbürger innerhalb ihres eigenen Landes Beschränkungen unterworfen, die nicht einmal im Verkehr zwischen fremden Ländern üblich sind. Es besteht jetzt also in

den Rheinländern der unhaltbare Zustand, daß dort Ausländer beliebig ein- und ausgehen können, während die Reisen der Deutschen in ihrem eigenen Lande vom Belieben der internationalen Rheinlandskommission abhängig sind. Die Verordnung verfolgt, wie die frühere für den Warenverkehr erlassene Verordnung das Ziel, das besetzte Gebiet vom übrigen Deutschland hermetisch abzuschließen.

einer nicht weniger würdigen und dringlichen Form gehalten sein wird. Die Note wird das deutsche Angebot einer strengeren Kritik unterworfen, wird aber einer Stellungnahme zur Auftrage gänglich ausweichen. Zum Schluffe wird in der Note das Bedauern ausgedrückt werden, daß Deutschland den ihm von Großbritannien erteilten Rat nicht besser ausgenutzt habe.

**Das Echo der Pariser Presse.**

Paris, 9. Mai. (Havas.) „Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß die deutsche Note nichts enthält, was die Darlegung Lord Curzons rechtfertigen würde. Es scheint wirklich, daß Lord Curzon bei der Verfassung darauf, daß die deutsche Note an alle Alliierten adressiert war, vergiht, daß sie gleichfalls an Amerika gefandt wurde. „Petit Parisien“ sagt hinzu: Lord Curzon sagt, daß die Deutschen sich entschlossen, im Verfolge seiner kürzlichen Rede Anträge vorzulegen. Es muß daran erinnert werden, daß seine Rede nur ihn allein verpflichtete, und daß die deutschen Anträge ungenügend waren, um ihm allzusehr dafür zu danken, daß er sie veranlaßte. Wenn er schließlich ganz richtig an die Erklärung erinnert, daß die Reparationen alle Alliierten angehen, übersieht er, daß dies insbesondere die Ruhrfrage ist, um die es sich in der deutschen Note handelt. Aber England wendet sich in dieser Angelegenheit von einem gemeinsamen Vorgehen Frankreichs und Belgiens ab.

„Echo de Paris“ betrachtet die Erklärung als einen Fall von Selbstliebe, welchen es gerne vergessen wird. Lord Curzon und Baldwin, sagt Bertinar, haben das Recht, sich der am 11. Januar d. J. begonnenen Politik nicht anzuschließen und haben auch das Recht, ihre Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten, wie sie es für gut befinden, sie müssen aber das gleiche Recht auch Frankreich zuerkennen.

**Die englischen Blätter konstatieren: Englands Protest würdig und zeitgemäß**

London, 9. Mai (M.). Die Blätter konstatieren einmütig, daß der gestrige Regierungsprotest gegen die selbständige französisch-belgische Antwort auf die deutsche Note, der in beiden Parlamenten mitgeteilt worden ist, ein würdiger und zeitgemäßer war. Gleichzeitig aber warnen die Blätter Deutschland, keine großen Hoffnungen in den Zwischenfall zu legen, welcher sich unter den Alliierten in der einfachen Frage des Vorgehens kundgab.

Der „Manchester Guardian“ schreibt: Die Reparationsverpflichtungen Deutschlands sind eine gemeinsame Angelegenheit der Alliierten, dem Geiste und dem Worte des Friedensvertrages nach und wenn dies auch nicht der Fall wäre, müßten sie zu einer gemeinsamen Angelegenheit werden, infolgedessen, weil eine jede Regelung der Reparationsfrage nicht nur die Annahme Englands, sondern auch bedeutende finanzielle Opfer heimwärts erfordert. Dies wurde in dem Plane Poincarés Anfang Jänner ebenso klar anerkannt, wie in dem Plane Bonar Law's. Sollte den integrierenden Teil irgend einer Ordnung die Erlassung eines bedeutsamen Teiles der englischen finanziellen Ansprüche gegenüber Frankreich oder Deutschland oder gegenüber beiden fehlen, sei es unmöglich, daß es bei Ausarbeitung der ganzen Regelung beiseite gestellt werde. Vielleicht ist Herr Poincaré im Recht, die deutschen Bemerkungen bezüglich des Ruhrgebietes selbständig zu beantworten, er hat aber kein Mandat darüber selbst zu entscheiden, ob das deutsche Reparationsangebot ausreichend ist oder nicht.

„Daily Telegraph“ sagt: Auf die fremden diplomatischen Kreise hat nicht nur die Zurückhaltung Kraft und Würde der Regierungserklärung einen starken Eindruck gemacht, sondern auch die einmütige Zustimmung aller Parteien der beiden Kammern zu dieser Erklärung. Das Blatt sagt, daß die britische Antwort auf die deutsche Note in

irgend eines Rages oder sogar unter den Bedingungen, indem sie sich an den Klauenstangen festklamerten. Manche erzählen, daß sie sich stundenlang unterhalb des Heizraumes der Lokomotiven versteckten, wobei sie von Kohlenstaub, Holzfunkeln und heißen Dämpfen fast verbrannt wurden.

Sie kommen aus dem Reiche des Hungers, ihre Heimat ist zu einer Wüste geworden, das Schicksal stößt sie mit geheimnisvoller Macht irgendwohin, ihr Weg ist ein Leidensgang ohne Beispiel und ihr Ende — ein elendes Verkommen. Moskwa — eine nervöse, blutlose, dasensverweirte, gleichgültige Stadt, gewährt ihnen Unterschlupf: in schmutzigen Höfen, unter Brückenbögen, in Aborten, in verfallenen Winkeln der Bahnhöfe, in Verbrechertaschen usw. Vierhundert Hunde suchen sich diese kleinen Menschenwesen oft die unglücklichsten Schlafstätten aus — sie zwingen sich hinter die Heizungsrohre der Bahnhofshallen oder bauen sich in Müllhaufen ein Bett. Um sich wenigstens vor der Kälte zu retten. Wie überhaupt viele russische Elendserscheinungen nur begriffen werden können, wenn man stets an die grausame Wirkung der fast sieben Monate herrschenden Kälte denkt. Der Frost ist es meistens, der diese obdachlosen Kinder zu Tode würgt.

Jugendwie an der Peripherie Moskwa gibt es eine Verbrecherhöhle, genannt das „Wolskness“. Viele der schon fast verhungerten Straßenkinder finden hier ganz unerwartet Unterkunft. Man wittert in ihnen gute „Hilfskräfte“. Sie werden hier gepflegt, gekleidet und mit allem Nötigen versorgt. Gratis. A conto der kommenden Verdienste. Denn, ebenfalls unentgeltlich, erhalten sie im „Wolskness“ Aufschauungsunterricht — in der Kunst, wie man durch einen ge-

wandten Griff oder einen sicheren Schnitt fremde Taschen leert. Eine Diebstahlschule, wo die Kinder Kredit genessen, in der Hoffnung, daß sie, nach einem gelungenen Streifzug, das Schulgeld hundertfach zurückerhalten werden.

Auch die Moskauer Verbrechersprache — „Tenja“ — wird ihnen hier beigebracht. Ein Uneinzelweiber versteht kein Wort. So heißt beispielsweise Raub — „Ets“, Missetat — „Men“, Mord — „Maras“ usw. Der Mordbengel ist in Moskwa, ganz wie in Paris, Berlin oder London, sehr verbreitet. Auch bei den Kindern der Straße, unter denen Mörder, Zuhälter, Prostituierte, Einbrecher usw. keine Seltenheit sind. In verreckten nächtlichen Lasterhöhlen klingen Kinderstimmen. Anaben, die, ohne zu zaudern, ihre Schwestern an Freudenhäuser verkaufen, während sie selbst von ihren Opfern befreit werden, die ohne Schnaps oder andere bezaubernde Mittel nicht mehr leben können.

Die Sowjetregierung tut gegen das geschleiberte Elend allerdand. Aber sie kann wenig. Eine propagandistische Lösung der Kommunisten lautet: „Alles fürs Kind“. Ein humanes Wort, das von der Wirklichkeit leider zu einer schreienden Ironie gestempelt wird.

Die Regierung hat zahlreiche Kinderasyle und Isolationsheime begründet, die einem besonderen Ministerium, der „Kommission zur Fürsorge der Minderjährigen“, unterstehen. Die Funktionen dieser Körperchaft sind folgendermaßen formuliert: „Die Asyle sollen verbrecherrisch veranlagte Kinder aufnehmen und als Ersatz für Zuchtäuser, Gefängnisse usw. dienen, weil im Gefängnis das Kind weiter demoralisiert wird und dort nur neue verbrecherrische Neigungen annimmt. Die Kommission zur Fürsorge der Minderjährigen ist keine Gerichtsinstitution,

sondern ein Organ der medizinisch-pädagogischen Beeinflussung, dessen Ziel auf die moralische Erziehung der Kinder gerichtet sein muß. Es hat alle Anstrengungen zu machen, um den minderjährigen Verbrechern die Rückkehr zum Leben, zur Tiefe, zum Verbrechen zu versperren.“

Diese Asyle, die ursprünglich einem so schönen Zweck dienen sollten, sind nun in Wirklichkeit ohne Ausnahme in einem unglücklich schmutzigen armlüchen, halbverfallenen Zustande. Es mangelt an allem. Die Kinder haben fast keine Kleidung und keine Nahrung. Sie gehen dort ebenso sicher zugrunde wie auf der Straße. Deshalb nennt der Sowjetwit diese Asyle — die „Totenkammern“.

Ein Besuch in irgend einem dieser „Kinderheime“, die stets zu Ehren einer kommunistischen Größe — Marx, Lenin, Rosa Luxemburg oder sogar der ganzen 3. Internationale — benannt werden, gibt besonders günstige Gelegenheit zu melancholischen Betrachtungen über den in Russland so trassen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis. Ein ehemaliges Herrenhaus mitten in der besten Gegend Moskwa's. Einst die Wohnstätte irgend eines geflohenen oder später ermordeten Bourgeois. Heute ist das Gebäude so vernachlässigt, daß es jeden Augenblick zusammenzubrechen droht, ein Schicksal, welches übrigens einige in der nächsten Nachbarschaft gelegene Gebäude schon ereilt hat. Die meisten Fensterscheiben sind zerbrochen und dürrig mit Zeitungspapier verklebt. Im Innern eine feuchte, eiskalte, von der Decke sidert Masse. Ein beisehender Rausch zieht durch die Räume.

Eine Rotte unsauberer, halbnaakter Kinder wälzt sich auf dem Boden oder drückt sich scheu in den Ecken herum. Die meisten bieten einen

un erfreulichen Anblick: degenerierter Schädel, niedrige Stirn, schleclender Nid, schmutzige Wunden am Körper, Stumpfheit und Gleichgültigkeit im Wesen. Die Leiterin des Heimes schied sich an, den Kleinen Unterricht zu erteilen. Doch für fünfzig Kinder sind höchstens zehn Bette und Bleistifte von überbest Qualität vorhanden. Sie befiest sich also eines besseren und leit die Kinder in zwei Gruppen ein — Russen rechts, Tataren links. Dann gibt sie ein Zeichen. Und diese erbärmlichen, frievenden, kleinen Wärmer mit rachsittischen Gliedern, von Hunger ausgefröselten Bäuchen und idiotischen Wasserköpfen, stimmen plötzlich, zu Ehren der atmungslosen Besucher, mit ihren schrillen, jämmerlichen, fast verbessenden Kinderstimmen — — die Internationale an. Zuerst von der ersten Gruppe in russischer und dann von der zweiten in tartarischer Sprache gesungen. Ein erschütterndes Schauspiel, ein ergreifendes Konzert, das nicht so leicht vergessen werden kann . . .

Die Tatsache, daß auf den Straßen und in den Asylen der bolschewistische Hauptstadt 15.000 elternlose Kinder zu zählen sind, daß ihre Zahl, trotz der Todesopfer, täglich wächst, daß im Laufe der letzten Jahre fast 50.000 Kinder allein in einer Stadt von der Straße aufgelesen worden sind, wirft ein grelles Schlaglicht auf die trostlose Lage der russischen Gesamtbevölkerung, des ganzen Landes überhaupt. Spiegelt sich nicht mit erschütternder Deutlichkeit in dieser Erscheinung das große Menschen-Elend wieder, welches überall, auch in den entferntesten Winkeln des Sowjetreiches herrschen muß? Wie mächtig muß dieser vernichtende Taifun gewesen sein, daß noch immer neue und neue Erzfingenen von seiner Wucht gerammt werden . . .

# Tages-Neuigkeiten.

## Die Welt, in der wir leben.

Es ist eine ganz kurze Geschichte, die wir da erzählen wollen: der Unglückliche Geld ist ein armer Friseurgehilfe, der sein schwächeres Weib und sich nicht ernähren kann, weil er keinen Käufer für seine Arbeitskraft findet. Aus Hunger und Verzweiflung greifen beide zum Gift. Die werdende Mutter geneset — der Mann wird bald darauf aus dem Spital entlassen. Eine sechs-wöchige Arbeitslosenunterstützung ist alles, was er mit vieler Mühe erlangen kann. Vierzig Tage lang also frisst der Mann und Weib wieder ihr Leben.

Dann beginnt wieder das Hungern. Einem Abends befällt unseren Bruder, dessen Schicksal wir aus dem der Millionen herausgreifen, plötzlich Unwohlsein. Er schreit um Hilfe, eine Nachbarin eilt zur Rettungstelle. Da aber die Welt, in der wir leben, eine Welt der Ordnung ist, weigert sich die Rettungsabteilung, den Hilfesuchenden ins Spital zu schaffen, solange kein ärztliches Gutachten vorliegt. Die hilfsbereite Nachbarin läuft zum Stadtphysikus, der aber ist — müde, liegt schon im Bett und kann nicht kommen. Also ruft und stöhnt und leidet der Blindlose, Arbeitslose, Besitzlose bis zum Morgen. Dann endlich erschien ein anderer Arzt; der Friseurgehilfe wird ins Krankenhaus transportiert. Wieder öffnen sich ihm die Pforten des Spitals — in diesem Augenblick haucht er sein qualvolles Leben aus.

Der Geld hat ausgerufen — sein Weib lebt und leidet weiter und unter Mätern, in Trauer, Angst und Entsetzen wird es ein Kind in die Welt setzen, im Leid, zum Leid geboren. . . Das ist die Welt, in der wir leben.

Als Beitrag zur glorreichen Kulturgeschichte des kapitalistischen Zeitalters sei diese Episode festgehalten, die sich im Bonnemontat Mai 1923 in Schlesiens Hauptstadt Troppau abspielte.

Die Schützen von Auffig — so was gibts nämlich noch immer und nicht nur in Auffig — hielten Sonntag ihr Preischießen. Bei solchen feierlichen Anlässen geht es gewöhnlich hoch her, die schiefenden Pfeiler lassen sich den Spaß allerhand kosten und sind nobel genug, den Büden, die sie als „Volzensammler“ dingen, drei Kronen für den halben Tag zu bezahlen. Gewöhnlich eine „fürstliche“ Bezahlung, zumal das Volzensammeln im Schützereich durchaus nicht ungünstlich ist. Wenn schon die Schützen ihr trautes Bürgerfest treiben müssen, so sollten sie doch wenigstens Erwachsene zu dieser Hilfsarbeit heranziehen. Aber da läme die Hetz wahrheitsgemäß zu teuer. Also läst man Schulknaben die Bolzen sammeln.

Auf dem Auffiger Schützenfest gab es einen kleinen Zwischenfall: der zwölfjährige Volzensammler Wenisch wurde von einem Geisels mit voller Wucht in den Kopf getroffen, erlitt eine schwere Verwundung und eine Gehirnerschütterung und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Also wurde das Fest sofort abgebrochen? Mit nichten. Das Schießen ging weiter, die Musik spielte fröhlich weiter und ein Mitglied des Schützenvereins meinte, man solle den Anna-ben, der bewußtlos darslag, einfach über den Zaun werfen, damit die Herren Bürger keine Scherereien haben.

Am Dienstag starb der Zwölfjährige im Krankenhaus. . .

Die Japaner und der Papst. Die japanische Kammer verzweigt vor kurzem dem Außenminister den Kredit zur Entsendung eines außerordentlichen Gesandten zum päpstlichen Stuhl. Diese Ablehnung begründete der Referent des japanischen Parlamentis mit folgenden Worten:

Wir werfen uns demütig nieder vor der unermesslichen Majestät des souveränen Oberpriesters der Christenheit, aber sein Licht ist zu strahlend, als daß ein schwacher Strahl unserer Sonne ihm von irgend welchem Nutzen sein könnte. Wir würden ihn ehren wollen wie unsere Eltern, wir würden unsere reinste und glühendste Ehrfurcht zu seinen Füßen niederlegen wollen, wir würden ihn, wenn es darauf ankäme, unser Leben und unser Blut darbieten. Aber wir müssen die Staatsfinanzen schonen und eitle Gecken vermeiden. Darum wird der unvergleichliche Meister der katholischen Religion geruhen, seine Verzeihung und seinen Segen den Unglücklichen zu gewähren, die nicht genug Gold besitzen, um allzuwichtige Ausgaben auf sich zu nehmen.

Es ist schwer festzustellen, wo in dieser japanisch-blumengeschmückten Rede die Höflichkeit dieses Sohnes des Ostens aufhört und seine Ironie beginnt. Jedenfalls ist der schöne Rede kurzer Sinn der: heiliger Vater, wir besitzen zwar allerhand Hochachtung und Verehrung für dich, aber nicht genug Geld, um uns den Luxus, einen Gesandten mit verschiedenen Unterkaufeln zu leisten, die beim Vatikan herumlungern. — Sagen die Japaner, deren Geld bekanntlich etwas mehr wert ist als die tschekischen Kronen. Aber hierzulande ist man nobler und läßt es sich jährlich ein rundes Sümmchen kosten, daß sich in Rom auch tatsächlich die Abgesandten der Republik dem souveränen Oberpriester zu Füßen werfen. Weil man hier die eilen Gesellen auch ganz anders zu würdigen versteht.

Die standhafte Verschleppung des Prozesses gegen Hans Trzybski, den kommunistischen Sekretär, der bereits vor 19 Monaten unter dem Verdachte der Mitschuld am Chadoauer Raubmorde in Haft genommen wurde, hat bereits vor längerer

Zeit die Abgeordneten Gen. Hillebrand, Dr. Solitscher und Blatin veranlaßt, den Justizminister in einer Interpellation zu befragen, wie diese unerhört lange Verzögerung der Durchführung des Prozesses gerechtfertigt werden könne und wann endlich Trzybski vor seine Richter gestellt werden würde. Da auf die Interpellation bis gestern eine Beantwortung nicht erfolgt ist, sprachen die Abgeordneten Genossen Hillebrand und Dr. Solitscher gestern beim Justizminister Dr. Dolanek vor, um ihn über die Ursachen zu befragen, warum die Verhandlung gegen Trzybski immer noch nicht angefaßt wurde. Der Minister zeigte sich uninformiert, versprach jedoch der Sache nachzugehen und auf die beschleunigte Durchführung des Prozesses hinzuwirken. — Hoffentlich findet nunmehr dieser Skandal doch sein Ende. Wie groß das Maß der Schuld Trzybskis auch immer sein möge, so bleibt es doch ein unerhörtes Verbrechen, daß jemand viele Monate seinen Richtern entzogen wird und während dieser Zeit in Untersuchungshaft schmachtet.

Ein großer Brand in Leutshan. Am Montag entstand in Leutshan (Levoda) in der Slowakei ein großer Brand, welchem — nach der „Prager Presse“ — mehrere historische Gebäude zum Opfer gefallen sind. Das Feuer brach aus unbekannter Ursache im sogenannten Andrasfal-Palais aus und verbreitete sich rasch, so daß bald acht Häuser des Ringplatzes in Flammen standen. Der Turm der berühmten gotischen Leutshauer Kirche ist ebenfalls den Flammen zum Opfer gefallen. Die Kirche selbst, die verschiedene historische Denkmäler und Kunstwerke besitzt, konnte gerettet werden.

Versärferte Bestimmungen für Fahrvergehen hat die deutsche Reichsregierung dieser Tage erlassen. Danach wird mit Geldstrafe von 10.000 Mark bis zu 2.000.000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft u. a., wer die Reichsgrenze unbefugt überschreitet, insbesondere ohne ein Befehl eines gültigen Ausweises oder der notwendigen Bemerkte zu sein; wer die Reichsgrenze an anderen Stellen als den festgesetzten Grenzübergangsstellen oder außerhalb der Verkehrsstunden überschreitet; wer sich beim Grenzübertritt der amtlichen Prüfung entzieht; wer vorsätzlich den Anordnungen der Grenzstellen zuwiderhandelt; wer eigenmächtig von den Reisezielen oder Reisewegen abweicht oder die Reisefristen überschreitet.

Die Bevölkerungsverluste Böhmens und Mährens in den Kriegsjahren. Wie aus dem soeben erschienenen Heft der neuen Zeitschrift „Anthropologie“, die das Anthropologische Institut an der Prager Karluniversität herausgibt, zu entnehmen ist, ergeben sich nach einer Berechnung des Dr. F. J. Retušil an Gesamtverlusten in den Kriegsjahren für Böhmen 539.362 und für Mähren 138.554 Personen. Die Gesamtzahl der Kriegsverluste im Felde beträgt für Böhmen 134.327, für Mähren 28.300. Die übrigen Verluste — für Böhmen 404.935 und für Mähren 110.115 Personen — ergeben sich aus der Gesamtzahl von Verlusten an Neugeborenen. Nach dieser Berechnung, die die „Prager Presse“ veröffentlicht, betragen die Verluste im Felde für Böhmen nicht ganz zwei Prozent der Bevölkerung und für Mähren etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung. Insgesamt betragen die Bevölkerungsverluste in den Kriegsjahren für Böhmen sieben einhalb Prozent und für Mähren etwa fünf Prozent.

Ein ukrainisches sozialdemokratisches Blatt in Prag. Der Zentralauswahsausschuh der ukrainischen sozialdemokratischen Partei hat sein Zentralorgan „Socialistyczna Dumka“ nach Prag verlegt. Die erste Nummer der Prager Ausgabe ist bereits erschienen.

Ein Opfer seines Berufes wurde der Professor der Chemie Trovnaal an der Akademie Realschule. Bei einem Versuch im chemischen Laboratorium entstand eine Explosion, wobei Trovnaal im Gesichte schwer verletzt wurde und besonders eine Störung der Sehkraft erlitt. Trovnaal wurde in das Prager Krankenhaus überführt.

Vater und Tochter bei einem Radausflug tödlich verunglückt. Der Bergarbeiter Viktor Letcha aus Schlesisch-Draun unternahm am Sonntag mit seiner fünfjährigen Tochter, die er vor sich setzte, einen Radausflug. Bei der Herabfahrt von einem steilen Berghügel verlor die Bremse und das Rad fuhr mit aller Wucht gegen eine eiserne Leitungsaule der Stadt Kleinbahn. Vater und Tochter blieben mit durchschlagener Schädeldecke liegen.

Das Spielen mit Nordwaffen. Vor einigen Tagen fand Franz Restoval in Heidelberg bei Wittingau beim Räumen im Kleiderkasten einen alten Revolver, den er aus dem Kriege heimgebracht hatte. Er probierte die Waffe und plötzlich krachte ein Schuß, durch den die Mutter in die Verzweiflung getrieben wurde. Sie verschied nach einigen Augenblicken. Der Sohn stellte sich selbst der Gen darmerei.

Schwere Autounfälle. Am vergangenen Samstag fuhr ein Auto von Vaugen nach Görlik, wobei es in der Nähe der Haltestelle Soblig an einen Breckstein geschleudert wurde, so daß drei Insassen herausgeworfen wurden. Einer dieser Insassen, Rudolf Fursch, erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald verschied. Auch der Baupreier Schauspieler Fexnando erlitt so schwere Verletzungen, daß er am Sonntag im Löhauer Krankenhaus starb. Der dritte Insasse, der hinausgeschleudert wurde, hat leichtere Verletzungen davongetragen. Der Kraftwagen, der dem Kinobesitzer Heuer aus Vaugen gehörte, wurde schwer beschädigt. Der Kinobesitzer Heuer hatte die Götter Insassen des Wagens, die bei ihm als Gäste gewesen waren, mit seinem Auto nach Görlik fahren wollen, damit sie, da sie den Zug verpaßt hatten, in Görlik noch rechtzeitig aufzutreten

könnten. — Auf der Rückfahrt eines Autos der französischen Militärmission von Königsaal über Pilowisch nach Prag verunglückte bei einer scharfen Biegung plötzlich die Bremse. Das Auto fuhr auf einen Straßengrabenstein und überfahrend sich. Hierbei wurde der Chauffeur Albrecht Albert getötet, während der Kommandeur der französischen Militärmission Desider Senaux schwere Verletzungen davontrug.

Verlust. Im Wagen der elektrischen Bahn Strecke 13 verpaß ein Beamter des Ministeriums für soziale Fürsorge beim Aussteigen aus der Haltestelle „Nationaltheater“ eine Aktentasche mit amtlichen Schriften des Ministeriums für soziale Fürsorge. Der rötliche Finder wird ersucht, wenigstens die Schriften, und zwar entweder im Ministerium für soziale Fürsorge oder bei der Polizeidirektion zurückzugeben.

Tödtlicher Straßenbahnunfall. Auf dem Wenzelplatz wurde Dienstag abends ein Unbekannter von einem Motorwagen der Straßenbahn zu Boden gerissen. Es wurde ihm das Schädelbein zertrümmert, welcher Verletzung er nachts erlag. Nach den vorgeschundenen Papieren dürfte der Verunglückte ein Chauffeur namens Jos. Blaha sein.

Andauernde Hitze. Die nach der großen Hitze und den zahlreichen Gewittern in weiten Teilen Nordmitteleuropas eingetretene Abkühlung war nicht besonders erheblich. Mit Ausnahme des Rästengebiets überschreiten die Temperaturen, die sich Sonntag in Magdeburg bis zu 32 Grad Wärme erhoben hatten, auch jetzt immer noch die normalen Werte, und allein im äußersten Nordosten des Landes, wo am Montag das Quecksilber nach einem Gewitter bis auf sechs Grad Wärme sank, ist es wieder recht kühl. Dagegen dauert in Süddeutschland und in unseren Gebieten die Sommerhitze fort; unter dem Einfluß eines im Alpengebiet verlagerten Hochs übersteigen die Temperaturen hier allgemein 25 Grad Wärme. Da von den Britischen Inseln gleichfalls wieder hoher Luftdruck östwärts vordringt, und da diesem Maximum von der Biskajasee schon wieder eine Depression folgt, so wird sich erneut von Westen und Süden her eine starke Wärmewelle über Mitteleuropa ausbreiten.

# Letzte Nachrichten.

## Die französischen Ruhrkosten.

Paris, 9. Mai. Der Bericht über die Ruhrkredit enthält folgende Angaben über die Zusammensetzung der geforderten Beträge: Kontrollkommission 5 Millionen Franken, Eisenbahnregie 128 Millionen, für die Besatzungstruppen rund 142 Millionen Franken, was den tatsächlichen Kosten der Ruhrarmee vom 10. Jänner bis zum 31. Mai entsprechen würde. Da aber die bisherigen Ausgaben im Innern und im Rheinlande infolge der Ruhrbesetzung eine gewisse Erleichterung erfahren, werden nur 97 Millionen Franken als Zusatzkredit angefordert. Ferner werden 970.000 Franken verlangt, um die Kosten der Requisitionen zu decken, die von Deutschland seit der Ruhrbesetzung nicht mehr bezahlt werden. Der Bericht gibt außerdem interessante Daten über die Zusammensetzung der verschiedenen Kommissionen in der Ruhr. Danach besteht die französische Ingenieurkommission aus 13 Zivilingenieuren, 30 Bergbauingenieuren, 27 Marineingenieuren, 18 französischen und 16 deutschen Zivilpersonen, die Finanzkommission aus 8, die Pfänderkommission aus 7 Mitgliedern. Die Verwaltung der Domänen besorgen 123 Beamte, darunter fünf Deutsche. Die Zollverwaltung hat 597 französische und 27 deutsche Beamte, die Eisenbahnregie verfügt über ein Personal von 10.040 französischen, 1174 belgischen und ungefähr 1500 deutschen Angestellten. Die französischen Eisenbahner an der Ruhr bekommen außer ihren normalen Bezügen eine tägliche Sondervergütung von 16 bis 60 Franken.

## Berkschärzung der Beziehungen Polen-Danzig.

Warschau, 8. Mai. Seit gestern finden in Warschau Wirtschaftsverhandlungen zwischen den Vertretern der polnischen Regierung und der Freistadt Danzig statt. Die Danziger Delegation nimmt gegenüber den Postulaten der polnischen Regierung, insbesondere in der Frage der Zolleinnahmen, eine ablehnende Haltung ein, daß die Verhandlungen erfolglos verlaufen dürften und zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig führen werden.

## Der verwaiste Ballplatz in Wien.

Wien, 9. Mai. Die österreichische Regierung hat an die hiesigen fremden Gesandtschaften eine Verbalnote gerichtet, in welcher sie das Ausschloßen des Bundesministeriums des Aeufere n teilt und zur Kenntnis bringt, daß infolge der Zusammenlegung der Ministerien von nun an die Bundeskanzlei die zuständige Stelle ist, mit welcher die Gesandtschaften den amtlichen Verkehr zu pflegen haben. Das bisherige Ministerium des Aeufere n wird den Titel „Departement für Aeufere n der Bundeskanzlei“ führen.

## Die Stichprobe.

Eine Szene aus Dresden von Hans Katon: I.

Premiere. Knapp vor Beginn des ersten Aktens nähert sich mir misstrauischen Schrittes ein älterer Herr mit weißem Schnurrbart und Gläschen. Auf seiner Nase sitzt ein Kneifer, der vorförmig an einem Bindfaden befestigt ist. Er sieht an wie vom Magistral. Nichts Böses gewärtig als schlimmstenfalls eine langweilige Erstaufführung, höre ich plötzlich aus wildstrebendem Munde die Frage an mich gerichtet:

„Sinn Se Deutscher?“

Der fremde Herr starrt mich an. Ich starr ihn an. Wir starren uns an. Er wiederholt ruhig, aber mit Nachdruck die Frage:

„Sinn Se Deutscher?“

„Ich ringe nach Luft und Worten. Ich bin verwirrt. Diese Situation im Parkett ist so ungewöhnlich, daß ich mich erst hineinfinden muß. So schnell geht das nicht. Ich stammele.“

„Wie kommen Sie zu der Frage? — Ni wem habe ich das Ver — — Ich weiß nicht recht . . .“

„Dann müssen Sie nachhaken.“

„Jetzt beginne ich zu verstehen: Aha, die Ausländerkontrolle. So eine Frage kann man gar nicht oft genug hören. Darin bin ich kein Schmieder. Ich lasse die Worte auf meiner Zunge zergehen. Du müßt es dreimal sagen, denke ich bei mir, und der Gute tut mir den Gefallen rückt seinen Kneifer auf der Nase zurecht und flüstert, genau so gelassen und direkt wie vorher:

„Sinn Se Deutscher?“

„Einen Augenblick, bitte,“ flüstere ich zurück, „so eine schwerwiegende Frage ist nicht kurzer hand abzutun. Wünschen Sie ein Bekenntnis zum Deutschtum, oder ist Ihnen mit dem Zufall des Geburtsortes, der Staatsangehörigkeit gedient?“

„Nu nee,“ sagt er mit einem leisen Aufbruch von Ungebuld, „nu nee, ich möchte klipp und klar wissen, ob Se Deutscher sinn.“

„Lieber Herr, das, was Sie wissen möchten ist nicht aus — und nachweisbar. Meine Papiere können ausländisch und ich doch ein Deutscher meine Papiere können deutsch und ich nichts desto weniger ein Nichtdeutscher sein. Ihre Frage ist unrichtig, ungeschickt gestellt. Sie wollen ja nicht wahr, gar nicht wissen, ob ich ein Deutscher bin, das geht Sie, mit Verlaub zu sagen, nicht Schwarm an. Sie möchten gerne wissen, ob ich ein durchreisender Ausländer bin und als solcher den Ausländerzuschlag bezahlt habe. Aber and hier ist noch Problematis genug, insofern es, zumal in gewissen Industrien, sehr viele Ausländer gibt, die nur in Valuta verdienen, also eigentlich nach dem Sinn der Verfügung, wenn sie hier hätte, Ausländerzuschlag zahlen sollten.“ Der erste Klingelzeichen ertönte. „Aber, was noch ein Frage: Ich beherrsche zwar die deutsche Sprache nur mangelhaft, doch darf man wissen, worauf Sie schließen, daß . . .?“

„Sie sah so ausländisch aus.“

„Wie macht man das? O bitte, sagen Sie es mir, Sie haben darin gewiß eine große Erfahrung; wie macht man das, ausländisch auszusehen? Das zu wissen, habe ich mir schon längst gewünscht.“

„Ja, sah Se, das hat mir so im Gesicht . . . Für ein Ausländer denn? Se ja selbstlich schießt Deutsch. Aber unfernein merkt gleich, daß Sie geen Sache sinn. Ja, wie is es aber nu mit der Nachzahlung? Ich hab nämlich die Gondrolle, wissen Sie —“

Das zweite Klingelzeichen ertönte. „Ich doch auch, lieber Herr, ich doch auch! Wir sind nämlich sozusagen Kollegen! Sie kontrollieren das Publikum auf das Deutschtum, und ich kontrolliere Autor und Schauspieler auf ihre Leistungen.“

„Ach so — Se sinn Gridiger, das konnten Sie mir doch gleich gesagt ham. Gondrolle muß sind. Ich mach nämlich die Stichproben. Nicht für ungu!“

Und er trotzte davon, ohne Zuverlässiges über mein Deutschtum erfahren zu haben. So sind sie, die Kontrolleure, so leichtgläubig. Aber wenn ich ihn wiedersehe, will ich ihm ins Ohr flüstern, daß ich ein Deutscher bin. —

Man erlebt doch heutzutage allerlei im Theater; wenn auch nicht dank der Bühne, so doch im Zuschauerraum.

## Einem Toten.

Von Franz Rothenfelder.

O Bruder, der dein Blut für uns vergossen,  
Leidnam der Straße, starr, besetzt, verstaubt,  
Reißt du mir wieder dein geliebtes Haupt,  
Das ich zu tiefst ins heiße Herz geschlossen?

Blut, dein die Sehnsucht meines Bluts geflossen,  
Enfetzen, das an Menschlichkeit geglaubt,  
Erstarrung, alles Atemglücks beraubt,  
Wir Toten und Gefangenen sind Genossen.

Zum dunklen Tempel unermeßner Gnaden  
Führst du uns kumm Lebendige kranker Zeit,

Da Armer, mit der eignen Last beladen,  
Und noch dem ärmern Bruder lastbereit.

Im Tode deinen toten Kameraden  
Ein Lehrer liebender Unsterblichkeit.



### Ballwirtschaft und Sozialpolitik.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei im April 1923. Wie das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, wurden in der tschechoslowakischen Republik im Monate April 143.000 Arbeitslose unterstützt und zwar 102.000 Männer und 41.000 Frauen. Dazu kommen noch 128.000 Angehörige. Durch Vermittlung der Unternehmungen wurden 50.200 teilweise Beschäftigte und 30.100 Familienangehörige unterstützt. Demnach beträgt die Anzahl der von der Krise betroffenen Personen — soweit sie unterstützt werden — 343.300.

Die Nacharbeit in den Bäckereien wird Gegenstand der nächsten Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamts in Genf sein. Die Internationale Union der Lebens- und Genussmittelindustriearbeiter hat vor kurzem zur Abschaffung der Nacharbeit wieder energisch Stellung genommen. Neuerdings fordert man im Interesse der Verbilligung des Brotes und der besseren Ausnutzung der Großbrotbacken die Abschaffung bzw. Wiedereinführung der Nacharbeit. Die Beweiszuführung der Union zeigt die Unhaltbarkeit dieser Forderung und weist auf die Gefahr hin, daß die Durchföhrung der bestehenden Gesetze, soweit diese die gänzliche Betriebsruhe der Nacharbeit bestimmen, nicht nur zur Einführung der Nacharbeit führen müßte, sondern darüber hinaus zur Vereinfachung des Arbeitsverhältnisses des Bäckers gegen die Firma G. Kemp in Belgien und zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit den russischen Verbänden schreiten.

Ein Aufruf an die chemischen Arbeiter. Auf lächlich der Beendigung des Streikes in der chemischen Industrie ersieht der Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem der gewaltige Lohnkampf, den die chemischen Arbeiter bisher geführt haben, nochmals eingehend dargestellt wird. Nach einer Schilderung der einzelnen Phasen dieses Kampfes, über den wir eingehend berichtet haben, wird zum Schlusse gesagt: Der Streik — der erste in der hiesigen chemischen Industrie — ist beendet. Er gibt uns vielerlei Lehren. Uns und den Industriellen. Daß die chemische Arbeiterschaft überhaupt kampffähig ist, ist wohl glänzend erwiesen. Einig, geschlossen, in beispielhafter Disziplin standen alle zusammen und harren aus. Auch zeigte sich die gewerkschaftliche Schulungsarbeit der letzten Jahre. Ebenso sei der Arme der Arbeitslosen auf diesem Wege gedacht, da uns kein Heil bekannt wurde, daß sich Arbeitslose an die Streikfirmen um Arbeit gewendet haben, obwohl die Notlage und damit die Versuchung groß war. Der Streik wurde deshalb in vollster gewerkschaftlicher Ordnung und Disziplin, auf Grund eines abgeschlossenen Lohnvertrages, beendet. Er lehrt die chemischen Arbeiter aber besser als alles andere die Notwendigkeit einer geschlossenen gewerkschaftlichen Organisation und mag manchen Beitragsgehenden zur Bestimmung gebracht haben. Aber auch die Herren der Industrie werden es sich merken und an diesen Streik denken. Sie haben jetzt Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob es nicht besser, zum mindesten praktischer gewesen wäre, es nicht durch Habscharrigkeit zum äußersten kommen zu lassen. Chemische Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Namen des Internationalen Verbandes der chemischen Arbeiter danken wir euch herzlich für euer treues Anhalten im Kampfe und für die vielen Opfer und Entbehrungen, die ihr gebracht habt. Allen Vertrauensmännern und allen jenen, die sich in den besonderen Dienst der guten Sache gestellt haben und aufopferungsvoll alles auf sich nahmen, ebenso allen jenen, die den Kampf moralisch und finanziell unterstützten, danken wir gleichfalls aufrichtigst an dieser Stelle. Sonst hat die Organisation nichts zu vergeben. Sie

kann nur proletarischen Gruß und Dank bieten. Wir haben Mühsal gehalten, nun wollen wir wieder vorwärts schauen in die Zukunft, die doch unser sein wird. Kopf hoch Genossen, in die Zukunft hinein!

Die Deutschnationalen als Arbeiterfeinde. Wie wir im „Nordböhmischen Volksboten“ lesen, haben die Märlenwerke in Sinaubury im „Nordböhmischen Tagblatt“, dem Blatt der Deutschnationalen, ein Inserat veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Firma das Wert im Laufe dieser Woche wieder eröffnen will, und daß diejenigen Arbeiter, welche zu dem bisher bestehenden Lohnbedingungen Wiederaufnahme wünschen, sich melden sollen. Die Art dieses Inserates ist völlig irreführend, denn die Arbeiter dieses Betriebes haben bereits sechs Wochen im Kampf und es handelt sich hier um nichts weniger als um die Anwerbung von Streikbrechern. Diesem Versuch, Streikbrecher zu bekommen, leidet das „Nordböhmische Tagblatt“, das Organ der Deutschnationalen, bedauerlich seine Spalten, es stellt sich nämlich vor die Dividendenmacher, die im letzten Jahre eine Dividende von 50 Prozent zur Verteilung brauchen und nun die Löhne der Arbeiter noch weiter herabdrücken wollen. Man sieht daraus, daß das Zentralorgan der deutschnationalen Partei in Wirklichkeit ein Organ des Unternehmertums ist und rücksichtslos deren Interessen gegen die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter vertritt.

Kollektivvertragverhandlungen in der Friedberger Textilindustrie. Dienstag wurde in Mitel über einen neuen Kollektivvertrag der Meister in der Textilindustrie in Friedel und Mistel verhandelt. Bezüglich der Steuerzahlung wurde ein Uebereinkommen erzielt, die Verhandlungen scheiterten aber wegen besonderer Begünstigungen für die Meister, wie Deputatlohn, Bekleidungsstoffe und Neujahrsgeß. Die Vertreter der Arbeitgeber forderten die individuelle Lösung in den einzelnen Betrieben, während die Vertreter der Meister auf einer generellen Lösung für alle Betriebe beharrten.

Verteuerung des Papiers? Wie das „Bravo Lidu“ erfahren haben will, bereitet das Kartell der Papierfabrikanten eine Verteuerung des Papiers vor. Angesichts der ständigen Lohnherabsetzungen in dieser Industrie muß die Absicht der Papierfabrikanten die hellste Empörung der Bevölkerung hervorrufen. Von der Verteuerung des Papiers würden weite Kreise der Bevölkerung getroffen werden und es würde diese Verteuerung geradezu kulturfeindlich wirken.

Der Wettkampf zwischen Stinnes und Bofel um den ober-schlesischen Montanonzern ist zugunsten von Stinnes entschieden. Die Bofel-Weinmanngruppe besaß die Aktienmehrheit der ober-schlesischen Coura- und Königshütte und wollte dazu die ober-schlesische Bismarckhütte und den Rattowiger Bergbauverein erwerben. Der ganze Komplex sollte einen mächtigen internationalen Konzern bilden. Um den Besitz der Aktienmehr-

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Der schönste Ausflug wird oft dadurch verdorben, daß sich bereits nach kurzen Gehlen Müdigkeitgefühl und Fußschmerzen einstellen und dem Beschäftigten den Trost bringen. Ein unschätzbare vorbeugendes Mittel sind Palma-Kautschukabsätze und Kautschuksohlen, welche den Gang elastisch und angenehm machen. Erschütterungen des Körpers, bezw. des Rückgrates, mildern und dadurch bewirken, daß Müdigkeitsercheinungen nicht so leicht aufkommen können. 1618a

Alles neu, macht der Mai und auch der Mensch will, wenn er am schönen Pfingstfest die Fortschritte der Natur kontrolliert, im neuen Kleiderschmuck prangen. Da schafft Strass, Prag, Subergasse, Rat. Vom Kopf bis zum Fuß elegant kleidet sich beim Strass Anobe, Jüngling und Mann. 1625

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Abteilungsgesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtnert & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuzeitliche und Kleinmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Seriensprecher Nr. 271, Postparaffin Nr. 127.203

heit entspann sich der Wettkampf zwischen der Botselgruppe und der unter der Herrschaft von Stinnes stehenden Rhein-Elbe-Union. Letzterer gelang es, die Aktienmehrheit dieser Unternehmungen durch die Charlottenhütte, welche Besitzer dieser Aktien war, zu erhalten. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie ist auf diese Weise mit der ober-schlesischen in Verbindung getreten, die ober-schlesische, jetzt polnischen Werke dürfen Brennstoffe und Halbzeug von den Rhein-Elbewerker beziehen, dagegen Erz und Roheisen an jene liefern. Die Expansionsbestrebungen von Stinnes in Ost-europa machen auch vor der polnischen Grenze nicht Halt.

Internationale Arbeitgeberorganisationen. Nach den Angaben des „Internationalen Arbeits-jahrbuches“ befanden 1922 acht internationale Organisationen der Unternehmerschaft. Zwei davon vertraten die allgemeinen Unternehmerinteressen und vereinigten die verschiedensten Unternehmertätigkeiten. Es sind dies: der internationale Verband industrieller Arbeitgeber, Sitz Brüssel, und die Internationale Handelskammer, Sitz Paris (Deutschland ist darin nicht vertreten). Die übrigen sechs sind Fachvereinigungen, in welchen folgende Wirtschaftszweige international zusammengefaßt sind: Reederei (Sitz London), Eisenbahnen (Sitz Brüssel), Textilindustrie (Sitz Manchester), Landwirtschaft (Sitz Paris), Bergwerke (Sitz Paris), Schneidergewerbe (Sitz Brüssel). Ueber die Mitgliederzahlen ist folgendes bekannt: Der Eisenbahnerverband vereinigte am 1. Juni 1922 266 Eisenbahnverwaltungen; der internationale Textilverband umfaßte 350 Einzelverbände; die landwirtschaftliche Föderation bestand (im Oktober 1921) aus 50.000 Einzelverbänden.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	16'49'50
Berlin	Mark	11210'0
Wien	öster. Kr.	2116'00

### Prager Kurie am 9. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1337.—	1341.—
10.000 Mark	8.75'00	9.75'00
100 belg. Francs	194.75	196.25
100 schwed. Kronen	692.75	695.25
1 Pfund Sterling	157'02'50	158'02'50
100 Lire	165.12'50	166'62'50
1 Dollar	34.19'00	34'50'00
100 franz. Francs	223'25	224'75
100 Dinar	35.62'50	36.12'50
10.000 ungar. Kronen	63.50'00	67.50'00
10.000 poln. Mark	6.77'50	7.77'50
10.000 österr. Kronen	4.52'00	5.05'00

### Züricher Schlusskurie am 9. Mai.

	Geld	Ware
Paris	36.65'00	38.75'00
London	25.65'50	25.65'50
Berlin	0.01.47'00	0.01.53'00
Rotterdam	26.80'00	26.80'00
Holland	217.00	217.00
Wien	0.00.78'00	0.00.78'50
Budapest	0.10'00	0.11'00
Prag	16.47'00	16.52'00
New York	5.55'50	5.58'25
Belgrad	5.77'50	5.85'00
Warschau	0.01.15'00	0.01.25'00
Wien gest.	0.00'00	0.00'00

### Kunst und Wissen.

Reinszenierung „Der Ring des Nibelungen“. Mit der bevorstehenden Aufführung von „Rheingold“ nimmt das große Werk der Reinszenierung von Richard Wagner „Rheingold“ seinen Anfang. Die neuartigen Inszenierungsansätze, die der Oberregisseur der Berliner Staatsoper Prof. Dr. Ludwig Fürtch

bei der von ihm geleiteten Prager Aufführung zur Anwendung bringt, führen auf der Anschauung, daß die in diesem Götterdrama auftretenden Gestalten Elementar-Götter sind und daß daher vor allem auf die richtige Darstellung der Elemente Wasser, Feuer und Luft mit ihren großartigen Phänomenen ankommt. Die Formen der Dekoration sind daher in weitgehendstem Maße vereinfacht. Die Felsen im Wasser haben z. B. den runden Zug der Wellenlinien, die freie Gegend auf den Bergeshöhen erscheint als Halbmond, als Erde an sich. Die Darstellung ist stark auf Zeichnung der Linien in der Bewegung gestellt, um so das Uebernatürliche der Göttermwelt zu kennzeichnen. Musikalische Leitung hat Alexander Zemlinitz inne.

Mahlers VIII. Symphonie. Freitag, den 18. Mai findet die Aufführung der VIII. Symphonie von Gustav Mahler unter Leitung K. Zemlinitz statt. Dieses gigantische Werk, welches wegen des ungeheueren Apparates, den es in Anspruch nimmt, nur in den allergrößten Musikzentren ausführbar ist, wird nach elf Jahren wieder in Prag bei einem Aufgebote von ungefähr 500 Mitwirkenden zu hören sein.

Neues Theater. Heute, halb 3 Uhr, Gastspiel Gerhart-Eisenberg „Traviata“, 7 Uhr, morgen Freitag, Samstag, Sonntag Gastspiel Massara-Wirt „Madame Bompadour“; Sonntag nachmittags 2 Uhr Schillerfeier „Die Räuber“; Montag neunzehnter „Rheingold“.

Kleine Bühne. Heute, halb 3 Uhr, Gastspiel Morgan „Einakter“; heute abends und morgen Freitag „Nachtbeleuchtung“; Samstag Erstaufführung von Büchners Lustspiel „Leonce und Lena“ mit der Bühnenmusik von Hans Zemlinitz-Zürich unter Spielleitung Max Lieblich; Sonntag abends Kommerzer Gastspiel Gerhart-Eisenberg „Coff son tutte“.

### Literatur.

Fritz Brügel: Zeichnung (C. B. Zol u. Co., Verlag, Leipzig, 1923). Die Formveränderung, welche die zeitgenössische Lyrik nur zu sehr kennzeichnet, läßt es uns als erfreuliches Ereignis buchen, wenn ein Bändchen wirklich form schöner Gedichte erscheint. Die Gedichte Fritz Brügels entsprechen zwar dieser Anforderung, vertreten aber stark den Schuler Mittel und Stefan Georges. Das würde ihnen immerhin weniger Abbruch tun als der Rang an Kraft und Feuer, der sie bei aller Feinheit der Komposition oft matt und farblos erscheinen läßt. Ich möchte sie jenen unendlich zarten ästhetischen Holzschritten vom Ausgang des 18. Jahrhunderts vergleichen, deren feine Reize wir bewundern, die aber doch nur zu unseren Augen sprechen, ohne uns tiefere Eindringnis zu vermitteln.

„O roter Mond, der in den Abend glüht, zum letzten Kampfe aufgehobene Hände! Und jeder Baum ist seiner Blüte müde.“ Brügel ist ein müder Sänger abendlich weicher Stimmungen. Pr.

### Der Film.

Der grandiose Universal-Epochenfilm Robinson Crusoe im Rio Louvre, das Tagesgespräch von Prag. 1620

### Bereinsnachrichten.

Eine öffentliche Versammlung der deutschen Gastgewerbeangestellten findet Freitag, den 11. Mai 1923 im Café „Il bernégo orio“, Prag II., Karlsplatz Nr. 8, statt. Erste Versammlung um 3 Uhr nachmittags, zweite Versammlung um 11 Uhr nachts. Programm: Die Einheitsfront der Gastgewerbeangestellten in Prag und Zielsetzungnahme der deutschen Gewerkschaft. Gäste willkommen. Für: Zentralverein für die Einheitsfront der Gastgewerbeangestellten Groß-Prag: Albert Svoboda, Sekretär. 1635

Restaurant  
**Goldenes Kreuzel**  
Prag II., Nekazanka 7.  
Garten geöffnet. Täglich Konzert.

Mein Mann liebt  
**ILSA**  
als die beste Suppenwürze.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtnert & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuzeitliche und Kleinmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Seriensprecher Nr. 271, Postparaffin Nr. 127.203

**Piering-Seni u. Essig**  
ist der beste!  
zu haben in allen Konsum-Vereinen.

**Stadt- und Dorfgemeinde fordern**  
die Verantwortung einer  
Unmenge von Verwaltungsaufträgen. Rucksack für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der  
Buchhandlung Freiheit  
Zepky-Schönan  
Theresienstraße 18.

**Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“**

**Palmak**  
Kautschukabsätze  
und Kautschuksohlen  
Schonen die Nerven,  
schützen die Füße,  
helfen sparen!